

Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreis Neuss

Herrn
Landrat Hans-Jürgen Petrauschke
Rhein-Kreis Neuss
Kreishaus Neuss, Oberstraße 91
41460 Neuss

05.08.2014

Resolution für die Außerkraftsetzung und Abschaffung des Kommunal-Soli

Sehr geehrter Herr Landrat Petrauschke,

wir bitten Sie, die folgende Resolution dem Kreisausschuss am 20.08.2014 zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Resolution

Der von der rot-grünen Landesregierung im letzten Jahr eingeführte Kommunal-Soli zur Finanzierung des Stärkungspaktes Stadtfinanzen führt 2015 zu deutlichen Mehrausgaben für die Städte und Gemeinden im Rhein-Kreis Neuss, was deren prekäre Finanzsituation noch drastisch verschärft.

Nach ersten Simulationsrechnungen der kommunalen Spitzenverbände werden die Belastung durch den Kommunal-Soli für die Kommunen im Rhein-Kreis Neuss im kommenden Jahr bis zu 3,3 Mio. Euro betragen. Mit Jüchen und Kaarst wird es 2015 (neben Grevenbroich, Neuss und Meerbusch) erstmals zwei weitere Einzahler-Kommunen aus dem Rhein-Kreis Neuss geben. Brisant, die finanzschwache Gemeinde Jüchen befindet sich bereits selbst in der Haushaltssicherung. Durch den Kommunal-Soli wird sie in eine noch größere finanzielle Notlage getrieben und muss künftig auf wichtige finanzielle Ressourcen verzichten. Zudem wird die Stadt Neuss ab 2015 deutlich höhere Zahlungen zu leisten haben. Durch den voraussichtlichen Anstieg der Abgabenlast von fast 134 Prozent gehört die Stadt Neuss dann zu den Top 5 Mehrzahlern sowie zu den 10 größten Kommunal-Soli-Einzahlern in ganz NRW.

Für die einzelnen Kommunen im Rhein-Kreis Neuss hat die erste Simulationsrechnung (Daten auf Basis der Eckpunkte des GFG 2015) folgende Zahlungsverpflichtungen für 2015 ergeben:

- Grevenbroich: 168.977 Euro,
- Jüchen: 23.127 Euro,
- Kaarst: 641.174 Euro,
- Meerbusch: 741.651 Euro sowie
- Neuss 1.722.345 Euro.

Die rot-grüne Landesregierung zwingt den fünf Kommunen im Rhein-Kreis Neuss mit dem Kommunal-Soli zusätzliche Belastungen auf, die diese kaum noch verkraften können und die die Finanzsituation und die Lebensverhältnisse bei uns vor Ort bedrohen und erheblich einschränken.

Der Rhein-Kreis Neuss lehnt daher die undurchdachte, ungerechte und unverantwortliche Umverteilungspolitik der rot-grünen Landesregierung durch die Abundanzumlage weiterhin strikt ab und fordert die Landesregierung auf, den Kommunal-Soli außer Kraft zu setzen und abzuschaffen. Die Städte und Gemeinden im Rhein-Kreis Neuss können nicht die kommunale Unterfinanzierung in NRW lösen. Hier ist eindeutig die Landesregierung gefordert, eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen zu gewährleisten, welche die verfassungsrechtlich geschützte Mindestfinanzausstattung beachtet.

Mit freundlichen Grüßen



Dieter W. Welsink
Vorsitzender der
CDU-Kreistagsfraktion
im Rhein-Kreis Neuss



Bijan Djir-Sara
Vorsitzender der
FDP-Kreistagsfraktion
im Rhein-Kreis Neuss